

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 1008. Druck: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 1008. Redaktion: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 1008.

Bezugspreis bei monatlicher Lieferung monatlich 2,50 Mk. (Postgebühr 10 Pf. für Ausland) durch Postweg 2,50 Mk. einschließlich 10 Pf. Postgebühr (ohne Postgebühren) bei 1 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pf., wochentlich 30 Pf., halbjährlich 1,50 Mk., jährlich 2,50 Mk. (Postgebühr 10 Pf. für Ausland). Die werblichen Anzeigen werden nach dem Tarif der Dresdner Nachrichten abgerechnet. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste enthalten. Die Anzeigen werden ohne Rücksicht auf den Inhalt angenommen. Die Anzeigen werden ohne Rücksicht auf den Inhalt angenommen.

Druck u. Verlag: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 1008. Druck: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 1008. Redaktion: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 1008.

Neuordnung der deutschen Jugenderziehung

v. Gayl an die Unterrichtsminister der Länder

Berlin, 28. Juli. Der Reichsinnenminister, Freiherr v. Gayl, hat an die Unterrichtsminister der Länder ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die Bedeutung der deutschen Jugenderziehung für die Wiederaufbauarbeit hinweist. Die Frage des Reichsschulgesetzes habe noch immer der Lösung. Er hoffe, demnächst mit den Ländern die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der Arbeiten an diesem Gesetz klären zu können und dabei die Erfahrungen der Länder in weitestem Maße zu verwerten. Das Schreiben enthält weiterhin eine Darlegung allgemeiner

Wesichtspunkte für die Jugenderziehung.

Die Erziehung zu Volk und Staat, zur Verantwortung und Opferfähigkeit gegenüber dem Ganzen wird als vornehmste Aufgabe der Schule bezeichnet. In Zukunft werde man die fachlichen Anforderungen wieder in allen Schularten steigern müssen, ohne die wertvollen pädagogischen und methodischen Neuerungen des letzten Jahrzehnts preiszugeben. Die völkische und staatspolitische Erziehungsaufgabe der deutschen Schule liege in scharfem Gegensatz zu der parteipolitischen Beeinflussung der Jugend. Die schrankenlose Verheerung durch parteipolitische Organisationen sei schlimmste Verleumdung und das Gegenteil zur Erziehung zu echter Staatsgesinnung. Die bisherigen

Maßnahmen zur Entpolitisierung der Schule

seien nicht hinreichend. Voller hätte sich auch die Führer großer Parteien dem Ruf verlag, auf die parteipolitische Beeinflussung der wahlmündigen Jugend zu verzichten. Parteiliche Einseitigkeit in der Personalpolitik und der Einführung von Lehrbüchern habe in der Elternschaft ein tiefes Mißtrauen gegen die Staatschule erregt und innerhalb der Lehrerschaft Unsicherheit und parteipolitische Verblüffung hervorgerufen.

Lehrer hätten deshalb keine Parteimänner, sondern Jugenderzieher sein, die in ihrer pädagogischen Haltung den überparteilichen Staatsgedanken verkörpern.

Die Erziehung zu echter Staatsgesinnung muß erstens und vor allem durch eine deutsche Bildung, die sich auf die geschichtlich-kulturelle Wertgemeinschaft des deutschen Volkes gründet. Die Eigenart des deutschen Volkes macht es unmöglich, in der Schule von der Mannigfaltigkeit und dem Spannungsreichtum des deutschen Lebens abzulenken und eine „Bildungsbeinheit“ künstlich herzustellen. Die Schule muß in ihrer Arbeit ständig aus den lebendigen Quellen des Volkstums schöpfen und die geistigen

Werte auf der deutschen Kultur fruchtbar machen. Weist die Grundschule von den volkstümlichen Bildungswerten der Heimat aus, so sollen alle weiterführenden Schulen die Jugend vertraut machen mit dem Werden des deutschen Volkes und Reiches, mit der Lage und der Bedeutung des Grenz- und Auslandsdeutschtums, insbesondere mit dem Schicksal des deutschen Ostens. Die oberen Stufen der wissenschaftlichen Schulen sollen ihre Schüler in die höchsten Leistungen des deutschen Geistes und in die Schöpfungen fremder Völker einführen, die unser Volk während seiner Geschichte mit geformt haben. Schulen oder Erzieher, die sich dieser deutschen Bildungsaufgabe verweigern, weil sie selbst kein Verhältnis zum deutschen Volkstum haben oder unklaren Wünschen einer in ihrem deutschen Empfinden getriebenen sogenannten „modernen Jugend“ nachgeben, sollten im deutschen Bildungswesen keinen Raum haben.

Die Erziehung zur Staatsgesinnung und zum Volksgürtum empfängt ihre härteste innerliche Kränkung aus den Wahrheiten des Christentums.

Deshalb wird es stets meine besondere Pflicht sein, das Recht und die freie Gestaltung der christlichen Schule und die christliche Grundlage aller Erziehung zu sichern und zu schützen. Die Schule ist auf die Unterstützung ihrer Arbeit durch Eltern, Staat und Volk angewiesen. Ich werde über die Schulerziehung hinaus mit aller Kraft zu meinem Teile und durch Unterstützung gleiches Bestrebungen christliche Sitte und gesunde deutsche Volkskultur schärfen und pflegen und alle Mittel der öffentlichen Kulturpflege dieser Aufgabe dienstbar machen.

Mit der gleichen Entschiedenheit werde ich alle Sitte und Kultur zerstörenden Einflüsse bekämpfen und vor allem die Jugend vor ihnen schützen.

Wo die Jugend sich selbst in ihren Händen, in den Arbeitslagern, im freiwilligen Arbeitsdienst und ähnlichen Veranlassungen einer neuen sittlichen Ordnung schafft, kann sie mit meiner ganz besonderen Anteilnahme und Förderung rechnen. Der Staat hat ohne die Jugend keine Zukunft. Aber auch die Jugend kann zu ihrer Lebensaufgabe nicht heranreifen, wenn sie nicht von dem Willen befreit ist, am Neubau des Reiches mitzuarbeiten.

Ich hoffe, mich mit Ihnen in diesen Grundfragen der Jugenderziehung einig, und erbitte Ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit zu dem Ziele, durch die rechte Erziehung der deutschen Jugend die Zukunft Deutschlands zu sichern. Freiherr von Gayl.

Aufs Haupt geschlagen

Den verflochtenen Systemparteien, die mangels geistiger Argumente den Wahlkampf nur noch mit Stimmungsmache führen, hageln die Schläge nur so aufs Haupt. Die Aufklärungsarbeit in Preußen hat endlich Blide hinter die Kulissen der schwarz-roten Regierungsmethoden ermöglicht, die voll auf das Urteil befähigten, das von der nationalen Opposition seit lehr darüber gefällt wurde. Die entthronten Machthaber haben versucht, sich der Verantwortung durch Gegenangriff zu entziehen. Zuerst mit ihrer Klage beim Staatsgerichtshof. Dort sind sie abgeblüht. Dann ist Severing im „Vorwärts“ gegen den Reichsfinanzler vorgegangen mit der Behauptung, seine Absetzung sei deshalb erfolgt, weil die ehemalige preussische Regierung einige Tage vorher die Reichsregierung in einem Brief aufgefordert habe, die Kürzung der Unterstützungsgelder in der letzten Rotverordnung zu mildern. Mit dieser billigen Geste wollte sich die für alle Notverordnungen mitverantwortliche Sozialdemokratie für den Rest des Wahlkampfes ein Alibi schaffen und nach dem Verrat aller ihrer Grundzüge in der Wahlkampfzeit noch schnell den Heiligenschein ihrer Vorgesetzten um die Armen zu reiten. Aber der Schuß ist nach hinten losgegangen. Denn am demselben Tage, da Severing hochtönend seine „offenen Worte“ an Papen richtete, hatte er das Pech, daß die Urgründe eines unehrenhaften Ständes aufgedeckt wurden, für den wieder er und seine roten Ministerkollegen die Verantwortung tragen. Gegen sie wird — bisher unüberwunden — der schwere Vorwurf erhoben, daß sie nach Millionen Steuerergölde des Volkes für die Wahlpropaganda ihrer schwarz-roten Parteien verausgabt haben. Gelder, die von allen Volksgenossen aufgebracht wurden, von den politischen Gegnern dieses verderblichen Systems ebenso, wie von seinen Anhängern und Rückenstärkern. In einer Zeit mahlos überspannten Steuerdrucks, in der jede Mark, die den Steuerpflichtigen unnötig abgenommen wird, zur Verschärfung der Wirtschaftskrise und zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beiträgt! Dazu kommt die Verwerflichkeit des Mittels, sich auf Kosten der Arbeiterschaft öffentliche Meinung zu kaufen, mit der Absicht, das Geld in politische Macht umzumünzen und das Volk weiter damit zu knebeln und zu betrügen. Als die roten Volkseigenen von Berlin mit sanfter Gewalt von ihren Posten entfernt wurden, da von der „Vorwärts“ fälschlicherweise Staatsstreiche zum Vergleich heran. Aber gibt es in der zivilisierten Welt überhaupt noch Zustände, die der Schande vergleichbar sind, mit der sich diese „Exponenten der Sozialdemokratie“ bedeckt haben? Wenn sie es nach diesen Enthüllungen noch wagen, sich als Wiederhersteller und redliche Sachverwalter der Allgemeininteressen zu empfehlen, dann werden ihnen die empörten Volksmassen am Sonntag die verdiente Antwort geben.

Die Gerüchte über den Wahlgeheißfand der Regierung Braun-Severing sind schon seit der Reichspräsidentenwahl im Umlauf. Kurz danach sind bereits in einer deutsch-nationalen Anfrage dahingehende Beschuldigungen erhoben worden, ohne daß eine Klärung erfolgt wäre. Dann hat der plötzliche Rücktritt des preussischen Finanzministers Dr. Hüper-Wilshoff den Verdacht erregt, daß er in Verbindung mit dieser Angelegenheit erfolgt sei. Man hörte die Meinung, daß Hüper-Wilshoff befürchtet haben soll, er könnte für diese Finanztransaktionen einmal persönlich haftpflichtig gemacht werden. Dann herrschte wieder Schweigen, bis die plötzliche Absetzung der Preußenregierung das Material über diese Zuwendungen zugänglich machte. Und nun schälen sich zwei Korruptionsherde heraus: der Geheimfonds Braun-Severing und die laufende Unterstützung von linksgerichteten Parteien und Organisationen. Bezüglich des Geheimfonds lautet die Anlage dahin, daß der einer Nachprüfung durch die Oberrechnungskammer nicht unterliegende „Fonds zur Bekämpfung des Verbrechertums“ von 200 000 Mark auf 2 Millionen erhöht wurde mit dem Beschluß, die neu eingelebte Summe als Beihilfe für die preussische Landtagswahl an die drei Regierungsparteien nach einem besonderen Schlüssel zu verteilen. Die Sozialdemokratie wird dabei sicher nicht zu kurz gekommen sein. Welleicht ist sie sogar der Meinung, daß der „Verbrechertumsfonds“ sehr zweckmäßig im Wahlkampf gegen den Nationalsozialismus eingesetzt werden sei. Dann möge sie das offen herauslagern, damit auch das Volk am 31. Juli seine Meinung über diese parteipolitische Verschleuderung seiner Steuerergölde sagen kann. Der andere Teil der amtlichen Unterstützungsgelder ist nach der nation-

Straßenkämpfe mit Washingtoner Veteranen

Washington, 28. Juli. Bei der von der Polizei angeordneten Räumung eines sonst leerstehenden Regierungsgebäudes, in dem Veteranen Unterkunft gefunden hatten, kam es zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei insgesamt 18 Personen verletzt wurden, darunter zwei Polizeibeamte tödlich. 200 Veteranen kämpften das Gebäude und bewarfen die Polizeibeamten mit Steine. Die Polizei, die Verhaftung erlangen wollte, drängte die Veteranen unter Jubelrufe des Gummischnüppels wieder zurück. Eine Vorkehrungsregel wurde dadurch getroffen, daß die Potomac-Brücke hochgezogen wurde, wodurch der Anmarsch der in Anacostas Lager befindlichen Veteranen abgehemmt wurde. Das Weiße Haus steht unter harter Bewachung. Außerdem hat das Kriegsdepartement die Bundesstruppen angewiesen, sämtliche Regierungsgebäude in der Nähe des Weißen Hauses von den Kriegsveteranen zu räumen.

Etwa 200 Mann Kavallerie, eine Maschinengewehrabteilung, ein Bataillon Infanterie und 5 Tanks aus verschiedenen benachbarten Forts sind in der Nähe des Weißen Hauses konzentriert. Die Bundesstruppen sind angewiesen, mit der Polizei zusammenzuwirken, um das weiße Gebiet in der Nähe des Kapitols, wo die Veteranen verschiedene untergeordnete, der Regierung hebrige Häuser als Unterkunft benutzen, zu säubern.

In späterer Nacht wurde erreicht und folgende Meldung: Der Kampf zwischen den Bundesstruppen und den Veteranen nimmt immer schärfere Formen an. Die Truppen gehen jetzt mit Tränengasbomben vor. Nachdem es den Infanterie- und Kavallerieabteilungen nicht gelungen ist, mit aufgestellten Bajonetts die Veteranen aus der Umgebung des Kapitols zu vertreiben.

Schwerer Zusammenstoß in der Luft

Sportflugzeug liegt in die Reichweite Ju 52 hinein

München, 28. Juli. Das dreimotorige Junterflugzeug Ju 52 der deutschen Luftwaffe, das in dem Schweizer Alpenrundflug-Wettbewerb für Verkehrsflugzeuge unter Führung des Flugkapitäns Volte den 1. Preis errungen hat, wurde auf dem Rückflug von Zürich nach Berlin Donnerstag nachmittags um 8,40 Uhr, kurz nach dem Start in München-Oberwiesenthal, von einem

dem Start in München-Oberwiesenthal, von einem durch ein anderes Flugzeug verursachten Unfall betroffen.

Ein über dem Flughafen Schleißheim fliegendes Flamingo-Sportflugzeug der Deutschen Verkehrsflieger-Schule flog in den linken Propeller und die linke Rumpelseite der Ju 52 hinein. Hierbei wurde das linke Propeller der Ju 52 abgerissen und das Flugzeug in einer Landung in einem Kornfeld in der Nähe des Flughafens Schleißheim gezwungen.

Die Maschine wurde zu etwa 30 v. D. beschädigt. Besatzung und Insassen der Ju 52, insgesamt 6 Personen, blieben unverletzt, während das Sportflugzeug völlig zerrümmert wurde.

Wie noch ergänzend berichtet wird, beforderte das Großflugzeug u. a. auch den Direktor der Deutschen Luftwaffe, Wilhelm. Der Führer des Großflugzeuges, der eben als Sieger vom Internationalen Alpenrundflug zurückgekehrt war, flugkapitän Volte, hatte mit dem Flug Zürich-München am Donnerstag seinen millionen Flugkilometer zurückgelegt. Der Führer des Sportflugzeuges, Truse, ist nach dem Zusammenstoß mit dem Fallschirm nordwestlich vom Flughafen Schleißheim gelandet, aber mit schweren Verletzungen, daß er noch am Abend seinen Verletzungen erlag.

Belegung Groenhoffs

Frankfurt a. M., 28. Juli. Unter außerordentlich harter Beteiligung aus allen Kreisen der Bevölkerung fand heute die Belegung der herrlichen Leberreste des kürzlich verunglückten Segelfliegers Günther Groenhoff statt. Nach der Trauerrede des Geistlichen, der seine Ansprache mit den Worten Allenthalben „Opfer müssen gebracht werden“ schloß, sprachen Vertreter der Stadt Frankfurt a. M., der deutschen Segelflieger, der Rhön-Rosetten-Gesellschaft, der Internationalen Studienkommission für das Segelflugwesen und einer ganzen Reihe anderer Verbände. Während der Feier freuten mehrere Flugzeuge über dem von der Stadt Frankfurt gestifteten Ehrengrab.

Die Neuregelung im Rundfunkwesen

Berlin, 28. Juli. Ministerialrat Erich Scholz vom Reichsministerium des Innern wird am Freitag, dem 29. Juli, abends 7,30 Uhr, über die Neuregelung des Rundfunks über alle deutschen Sender sprechen.

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer Seite 9 und 10